



## Hände weg vom Asylrecht!

### Widerstand gegen die kapitalistische Offensive!

Anfang Mai wollen die Regierungsparteien gemeinsam mit der SPD die Möglichkeit, in der BRD politisches Asyl zu erhalten, de facto aufheben. Der Erfolg des Anschlages auf dieses demokratische Grundrecht scheint gesichert. Während Bundesgrenzschutztruppen, unterstützt von zivilen Hilfsheriffräften, schon jetzt die Grenzen vor verzweifelten Flüchtlingen "schützen", ist das ehemals heiß diskutierte "Asylproblem" aus den Schlagzeilen der bürgerlichen Medien verschwunden. Die Bourgeoisie und ihre Politiker reiben sich die Hände. Nachdem sie in der Vergangenheit mit ihrer rassistischen Hetze den Haß auf Immigranten geschürt haben, konzentrieren sie ihre Offensive jetzt auf die *soziale Kahlschlagpolitik*. Immer größere Teile der Bevölkerung werden in Massenarbeitslosigkeit und Elend gestoßen.

International wird die *Rechtswende* von einem aggressiveren Auftreten des deutschen Imperialismus begleitet. Die out-of-area-Einsätze der Bundeswehr dienen der militärischen Absicherung deutscher Kapitalinteressen. Der Kampf gegen den "äußeren Feind" läßt sich aber auch als Ablenkung von der inneren Krise und deren Verantwortliche nutzen. Sollte dies alles nicht zur Eindämmung des Protestes in Deutschland reichen, dann könnte auch wieder der Kampf gegen den "inneren Feind", vorneweg gegen die in der BRD lebenden "Ausländer", in den Vordergrund gestellt werden. Die beabsichtigte Aufhebung des Asylrechts für politisch Verfolgte ist deshalb auch eine unmißverständliche Drohung gegen die Immigrantinnen und Immigranten.

In Anbetracht dieser Tatsachen stellt das Verhalten der Gewerkschaftsführung eine besondere Widerlichkeit dar, im Zusammenspiel mit der Bourgeoisie die anstehende "Novellierung" des Artikels 16 bestenfalls am Rande zu erwähnen. Das Gegenstück des Rassismus, der deutsche Nationalismus, hat bereits auch in der Arbeiterklasse Fuß gefaßt. Parolen wie "Deutschland: Du brauchst deutsche Kohle und deutschen Stahl" wiederholen den Ruf der Gewerkschaftsbürokraten nach protektionistischen Maßnahmen auf Kosten der Arbeiter anderer Länder, anstatt internationale Kampfmaßnahmen zu organisieren. Rassismus und Nationalismus sind Gift und schaden den Interessen der Arbeiterklasse. Die Massenproteste gegen die Angriffe der Unternehmer müssen deshalb *verbunden* werden mit Aktionen zur Verhinderung der rassistischen "Reform" des Asylrechts. Der 1. Mai als internationaler Kampftag kann nur in dieser Ausrichtung begangen werden.

### Kampf dem Staatsrassismus

Nachdem klar wurde, daß insbesondere die Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung entgegen allen Versprechungen massive Einschnitte in den Lebensstandard erforderten, mußten Schuldige gefunden werden. Menschen, die vor der Verfolgung durch reaktionäre Regime - die von den Herrschenden hier unterstützt werden - fliehen, wurden von der staatlich inszenierten Propaganda ins Visier genommen. Angeblich verursachen sie die Ebbe in den öffentlichen Kassen, die Wohnungsnot und nehmen die Arbeitsplätze weg. Um es klipp und klar zu sagen: Es gibt kein "Asyl- oder Flüchtlingsproblem", weder in Deutschland noch anderswo. Stattdessen gibt es die Folgen des Kapitalismus weltweit, verschärft durch die aktuelle Krise: Asylsuchende sind Opfer, keine Täter!

### Lichterkettentheater

Nach den Brandanschlägen auf Immigrantenzuhause und den Morden der Faschisten regte sich das kleinbürgerliche, schlechte liberale Gewissen. Als dann auch noch durch die internationalen Proteste die Exportchancen beeinträchtigt wurden, zelebrierten selbst die Brandstifter von CDU bis SPD "Ausländerfreundlichkeit" in der Vorweihnachtszeit. Unter der Parole "Die Würde des Menschen ist unantastbar" wurden Massen von Bürger organisiert, die sich Kerzen haltend gegen Gewalt von rechts *und links* wendeten. Gleichzeitig wurden mit Hochdruck z.B. Roma und Sinti auf den brennenden Balkan abgeschoben und an einem Art. 16-"Kompromiß" gebastelt. Die Lichterkettenaktionen erklärten somit Linke, die sich dem Nazi-Terror und dessen staatlicher Unterstützung entgegenstellten, zu Mitschuldigen. Die Lichterketten waren eine bürgerliche Propagandashow zur Aufpolierung des ramponierten BRD-Images, die von den wahren Verantwortlichen ablenkte. Anti-faschistische und potentiell anti-rassistische Teilnehmer wurden zum Fußvolk des Staatsrassismus.

### Keine Illusionen in die SPD

Während Ende August 1992 in Rostock-Lichtenhagen Faschisten nächtelang die Asylbewerberunterkunft attackierten, signalisierte die engere SPD-Führung um Engholm mit den Petersberger Beschlüssen die Bereitschaft, auch in der Asyl-Frage auf *Große Koalitionspolitik* einzuschwenken. Der SPD-Opposition um

Schröder ging es nie prinzipiell um die uneingeschränkte Verteidigung des Art. 16 (sie propagierte eine rigorosere Anwendung der bestehenden rassistischen gesetzlichen Einschränkungen); aber mitmischen wollte sie bei der kommenden Mausehelei. Die "ehrenwerte Zerrissenheit" der SPD fand ihren Höhepunkt auf ihrem Sonderparteitag im November 1992, als über 90% der Delegierten dem Leitantrag zustimmten, der in wesentlichen Punkten die Grundlage des jetzt vorliegenden Asylgesetzes bildete. Aktuell hat es die SPD noch nicht einmal nötig, vorzugeben, demokratische Rechte und Arbeiterinteressen verteidigen zu wollen. Diesbezügliche Appelle bzw. Forderungen an die SPD-Führung greifen demnach voll daneben und sind Ausdruck eines grenzenlosen Opportunismus. Die bürgerliche Arbeiterpartei SPD kapituliert nicht vor der bürgerlichen Offensive - diese Partei *hilft* vielmehr an zentraler Stelle bei deren Durchsetzung.

### Verteidigt das Recht auf Asyl

Die Vorlage im Bundestag sieht u.a. "beschleunigte und vereinfachte Verfahren für jene Asylbewerber" vor, die aus angeblich "verfolgungsfreien Staaten" kommen. Erreichen diese Flüchtlinge die BRD über sogenannte "sichere Drittländer", werden sie in diese abgeschoben. Im Klartext: Asyl wird gewährt, aber nicht in der BRD! Durch massiven Druck auf Länder wie Polen und die Tschechische Republik schafft sich der deutsche Imperialismus einen *cordons sanitaire*, liefert seinen Nachbarn die Flüchtlinge aus und wäscht so seine Hände in Unschuld. Für die Asylsuchenden bedeutet diese Vorgehensweise die Abschiebung in die Ursprungsländer, oft den sicheren Tod.

Dieser Zynismus der Herrschenden ist kaum zu überbieten. Die de facto-Abschaffung des Rechts auf Asyl muß verhindert, der bestehende Art. 16 uneingeschränkt verteidigt werden! Wir Kommunisten verkennen dabei nicht, daß mit dem noch existierenden Gesetz der bürgerliche Staat in der Vergangenheit Asylsuchende z.B. in "Erwünschte" und "Unerwünschte" unterschied. Allerdings müssen alle, selbst noch so minimale Rechte und Errungenschaften verteidigt werden, sofern sie der Verbesserung der Situation der Massen im Kampf gegen das bürgerliche System dienlich sind.

## BOLSCHEWIK

Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus  
Deutsche Sektion der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:  
M. Martin, Postfach 210 254  
W-1000 Berlin 21

Erscheint im Selbstverlag  
V.i.S.d.P.: M. Martin, W-1000 Berlin 21  
Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-  
Übersee DM 15,-  
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin  
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion.

### Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten

Alle, die hier leben, müssen die gleichen Rechte haben. Wir sind gegen die Spaltung in Deutsche und "Ausländer", die oft seit Jahrzehnten - rechtlos - deutsches Kapital vermehren. Die Lohnabhängigen in Deutschland dürfen sich nicht in die Logik dieses Systems spannen lassen. Zuerst produziert die Bourgeoisie z.B. durch die Förderung der kapitalistischen Konterrevolutionen in Osteuropa Massenelend - danach hetzt sie gegen "Flüchtlingsströme"! Wir lehnen deshalb prinzipiell alle (inhärent rassistische) Einwanderungsgesetze/Quotenregelungen des BRD-Staates ab, seien sie nun von der CDU/SPD oder von den GRÜNEN aufgestellt.

Die in diesem Zusammenhang diskutierte Einführung einer Doppelstaatsbürgerschaft wäre sicherlich eine rechtliche Verbesserung für hier lebende Immigrantinnen und Immigranten. Gedacht ist bei diesem Vorschlag aber nicht an eine sofortige Erteilung auf Wunsch. Vielmehr wird die Doppelstaatsbürgerschaft oftmals an unannehmbare Bedingungen wie Aufenthaltsdauer o.ä. gebunden; sie unterscheidet zudem in "Staatsbürgerschaftswürdige" und "-unwürdige". Darüberhinaus schließt eine Doppelstaatsbürgerschaft nicht nur Rechte, sondern eben auch "staatsbürgerliche Pflichten" ein. Warum nun gerade die Linke den Einwanderern diese Zwangsverpflichtung zur deutschen Tugend auch noch selber einbrocken soll, ist nicht einsichtig. Man sollte sich nicht den Kopf der Herrschenden zerbrechen. Die vollen staatsbürgerlichen Rechte für Immigranten müssen deshalb durchgesetzt werden, weil sie für *alle und uneingeschränkt* gelten sollen.

### Für gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen

Glaubt man den bürgerlichen Medien, dann sind die Nazis nahezu verschwunden. Aber in Wahrheit geht der faschistische Terror tagtäglich weiter (s. z.B. die Chronik des "Archivs für Sozialpolitik"). Durch die gesellschaftliche Krise existiert die Gefahr der Herausbildung einer faschistischen Massenbewegung, deren letztendliches Ziel die Zerschlagung der Arbeiterbewegung sowie die Aufhebung jeglicher demokratischer Rechte ist. In der Zwischenzeit besorgen faschistische Banden die Drecksarbeit im (objektiven) Zusammenspiel mit der bürgerlichen Demokratie. Auch als Richter, Bundeswehrangehörige oder als Freiwillige Polizeireserve Berlin - die Faschisten setzen die staatsrassistische Hetze um: gegen Lesben, Schwule, Linke, Gewerkschafter, Obdachlose oder Behinderte. Forderungen nach dem Verbot der Nazi-Organisationen durch den bürgerlichen demokratischen Staat schaffen nur Illusionen. Dieser toleriert die Faschisten - in Grenzen -, weil sie ihm nützlich sind. Darüberhinaus ist wohl schwerlich zu erwarten, daß eine reaktionäre (Massen-) Bewegung, die sich aus dem *wachsenden* Bodensatz der kapitalistischen Gesellschaft nährt, per Gesetz ausgetrocknet werden kann. Nur die Arbeiterbewegung, die sich auf alle vom Kapital unterdrückten Bevölkerungsschichten stützt, kann - auf der Grundlage einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive - die Faschisten effektiv schlagen. Gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen

sind jetzt entscheidend. Mit einer relativ hohen Prozentzahl an Einwanderern und einer immer noch viele Betriebe umfassenden Struktur könnte der DGB den organisatorischen Rahmen für die Vielzahl der anti-faschistischen Aktionen und Komitees abgeben. Die von Gruppen der IG Medien und der GEW organisierten Patenschaften von Wohnheimen oder der vom Hoesch-Betriebsrat in Dortmund aufgebaute Zusammenschluß gegen den faschistischen Terror gehen in die richtige Richtung. Allerdings treffen solche und andere Aktivitäten an der Basis auf den Widerstand der DGB-Bürokratie.

## Die DGB-Bürokratie verkauft aus

Bei offiziellen Anlässen erwähnen die Gewerkschaftsführer manchmal, doch bitte den "bedrängten Mitbürgern und Schutzsuchenden am Arbeitsplatz, in der Straßenbahn und auch im Asylbewerberheim der eigenen Gemeinde beizustehen", so Steinkühler für die IGM-Führungsriege auf dem Hamburger Kongreß (SZ, 12.10.92). Sein Kollege Karahasan beeilte sich jedoch, davor zu warnen, "sich zu bewaffnen und zur Selbstverteidigung zu greifen ... jetzt sozusagen auf Gegenangriffe zu setzen. Das wäre höchst gefährlich und würde die Arbeitnehmerschaft insgesamt spalten" (taz, 25.11.92). Gespalten wird die Arbeiterklasse aber durch die Gewerkschaftsführung, die, anstatt die vollkommen berechtigten Selbstschutz-Initiativen der Immigranten zu unterstützen, auf den "Pakt der Demokraten gegen den Rechtsextremismus" (Steinkühler) setzt. Aber der bürgerliche Staat und seine bewaffneten Organe sind keine Bündnispartner im Kampf gegen den Faschismus. Diese für die Lohnabhängigen in Deutschland *selbstmörderische Staatsloyalität* führt u.a. dazu, Polizisten als "Kollegen" im DGB zu dulden.

Im Zeichen der strukturellen Krise der BRD-Gesellschaft ist die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrem

Latein am Ende. Die verschärfte internationale Konkurrenz und die gewachsenen Appetite der BRD-Imperialisten verlangen eine Umstrukturierung der nationalen kapitalistischen Produktion mit der Konsequenz einer massiven Lohn- und Lebensstandardsenkung. Die Bürokraten lenken ab vom wirklichen Feind. Gegen die De-Industrialisierungspolitik im Osten setzt sie auf Privatisierung, ABM und Treuhand. Gegen die Rationalisierungswelle in traditionellen Industriebereichen (Kohle, Stahl/ Metall, Autoindustrie) sollen Sozialpläne, Umschulungen und nationale, staatlich finanzierte Holdings helfen; gegen die Zerschlagung des Tarifwesens werden betriebliche Verträge propagiert - der Anfang vom Ende nationaler gewerkschaftlicher Solidarität. Aber da zunehmend jede Mark für den direkten Verwertungsprozeß des Kapitals gebraucht wird, stoßen die Bürokraten bei ihren Appellen an den Staat zunehmend auf leere Kassen und taube Ohren. Durch die zunehmend rigorosere greifende, staatlich flankierte, Offensive der Unternehmer geraten die Gewerkschaftsführer immer offensichtlicher in die Rolle von Polizisten in der Arbeiterbewegung, deren Aufgabe darin besteht, aufkeimenden Widerstand zu kanalisieren und abzuwiegeln bzw. offen und direkt die Politik der Bourgeoisie durchzusetzen.

# 1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der  
Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Nr. 12

Aus dem Inhalt:

- Capitalism & the Origins of Racism
- Centrists & Soviet Counterrevolution
- Robertsonites in Denial
- John Brown Society Banquet
- German Fascism on the Rise
- The anti-Fascist Wunsiedel Campaign
- Canada's Constitutional 'Crisis'
- "Spoil your Ballot!" leaflet
- Kurdistan & the National Question

Zu beziehen über:

M. Martin, Postfach 210 254, 1000 Berlin 21  
Preis: DM 2,- + Porto DM 3,-  
(bitte in Briefmarken beilegen)

### Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

<b>Berlin:</b>	M. Martin, Postfach 210 254 W-1000 Berlin 21
<b>Hamburg:</b>	PLK 079 731 W-2000 Hamburg 203
<b>Bay Area:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 31796 Oakland, CA 94604, USA
<b>New York:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 385, Cooper Station New York, NY 10276, USA
<b>Toronto:</b>	Bolshevik Tendency PO Box 332, Adelaide St. Stn. Toronto, Kanada
<b>Montreal:</b>	Box 1703, Suc. Place d'Armes, Montréal, Québec H2Y3L2 Canada
<b>Wellington:</b>	Permanent Revolution Group PO Box 7076 Wellington South, Neuseeland

## Für Arbeiteraktionen - Organisiert den Widerstand

Gegen diese elende Politik des Reformismus gilt es, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Unternehmern zu erkämpfen. Es ist notwendig, DGB-Gewerkschaften gegen ihre jetzigen Führungen zu Kampforganisationen der Lohnabhängigen zu machen. Kommunistische Gewerkschaftsfraktionen, verbunden mit einer revolutionären Arbeiterpartei, müssen der sozialdemokratischen Beschwichtigungspolitik ein revolutionäres, alternatives Programm entgegensetzen: gegen Massenarbeitslosigkeit - die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohn, Wiedereingliederung der Arbeitslosen, Arbeiterkontrolle über die Produktion, entschädigungslose Enteignung

der Unternehmer, Planwirtschaft unter demokratischer Kontrolle der Lohnabhängigen, eine Regierung der Arbeiterklasse.

Ein wichtiges Element bei der Durchsetzung der sozialen und politischen Kahlschlagpolitik der Unternehmerklasse ist die beabsichtigte Aufhebung des Rechts auf Asyl. Die Arbeiterklasse in Deutschland hat die Macht, sich zu verteidigen. Erinnerung sei an den Boykott des Flugpersonals bei der Lufthansa 1990, das sich weigerte, Kurden in die Türkei abzuschieben. Österreicherische Kolleginnen und Kollegen der Austrian Airlines protestierten gegen ihren Einsatz unter der Parole: "AUA (f)liegt nicht auf Fremdenpolizeilinie". Klassenkämpferische Aktionen sind jetzt nötig, um die kapitalistische Offensive zurückzuschlagen!

### DISKUSSIONSTREFFEN DER GRUPPE SPARTAKUS

Mittwoch, den 05.05.1993, 19:00 Uhr:

Feministische Reformversuche oder kommunistische Frauenbewegung?

Mittwoch, den 26.05.1993, 19:00 Uhr:

"Masse, Klasse, Partei" - Aufgaben und Chancen revolutionärer Arbeit heute

Ort: Lavandevil, Schustehrusstr. 3, 1000 Berlin 10 (U-Bahnhof Richard Wagner Platz)

Weitere Treffen zu erfragen unter: M. Martin, Postfach 210 254, 1000 Berlin 21

## **BOLSCHEWIK**

Gruppe Spartakus

Bisher erschienen:

Nr. 1 (16 Seiten) DM 1,50

- Nazi-Terror und Rassismus in der BRD
- Die ehemalige UdSSR nach dem Putschversuch
- Bürgerkrieg in Jugoslawien
- Nationalismus und Konterrevolution

1. Mai '92-Ausgabe (8 Seiten) DM -,50

- Arbeiterkämpfe im Würgegriff der Sozialdemokratie
- Verteidigt den kurdischen Widerstand

Nr. 2 (16 Seiten) DM 1,-

- Faschisten im Aufschwung
- Linke und Arbeiterbewegung in der Defensive
- Zur anti-faschistischen Wunsiedel-Kampagne und zur Politik der SAG
- Bundeswehr als UNO-Friedensstifter?
- Schluß mit der Wende - Arbeiterkämpfe in der BRD
- Kurdistan - Bindeglied der Revolution im Nahen Osten

Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,- Übersee DM 15,- (erscheint unregelmäßig)  
 Bezugsadresse: M. Martin, Postfach 210 254, W-1000 Berlin 21  
 Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin (BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Ich abonniere: BOLSCHEWIK (4 Ausgaben) ( )

Ich bestelle: BOLSCHEWIK Nr. — ( )

Betrag auf Konto überwiesen ( )

(Bei Einzelbestellungen bitte DM 2,- Porto beilegen)

Betrag liegt in Briefmarken bei ( )

Ich bin Informationsmaterial der Gruppe Spartakus interessiert ( )

Name:..... Tel:.....

Anschrift:.....